

## **1 Neue Form des rechten Terrors frühzeitig und entschieden bekämpfen**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/3303

In Verbindung mit:

### **Rechter Terror in NRW – Keine Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden?**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/3304

Und:

### **Ungekannte Dimension rechten Terrors erschüttert Deutschland und NRW**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/3305

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion Die Linke und die Fraktion der FDP haben jeweils mit Schreiben vom 14. November 2011 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu den genannten aktuellen Themen der Landespolitik eine Aussprache im Rahmen einer aktuellen Stunde beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin vonseiten der antragstellenden SPD-Fraktion der Abgeordneten Frau Gödecke das Wort.

**Ibrahim Yetim** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Draußen vor dem Eingang läuft eine Ausstellung zum Thema „50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei“. Eine dieser Plakatwände trägt den Titel: „Geteilte Heimat“.

Obwohl es im Zusammenhang damit viele Schwierigkeiten und schreckliche Ereignisse gab und gibt, waren es im Großen und Ganzen friedliche 50 Jahre. Für die allermeisten der hier lebenden Türken und Türkischstämmigen ist Deutschland, ist Nordrhein-Westfalen die Heimat. Wir kennen auch keine andere oder haben den Bezug zu der alten Heimat nach vielen Jahren des Lebens hier in Deutschland verloren.

Gehen Sie eine Etage tiefer, sehen Sie die Ausstellung „Deportiert ins Ghetto“, die sich mit den Auswirkungen der schrecklichen Nazi Herrschaft auseinandersetzt. Mehr als 60 Jahre nach Ende dieser schrecklichen Zeit müssen wir feststellen, dass es in Deutschland möglich ist, dass eine junge Nazimörderbande eine blutige Spur durch Deutschland zieht und wahllos Menschen schwer verletzt und ermordet. Das einzige Auswahlkriterium dabei war offensichtlich ihre Abstammung oder ihre Funktion für diesen Staat.

Wir müssen feststellen, dass unsere Gesellschaft, dass wir diese Menschen nicht schützen konnten. Schlimmer noch: Wir haben diese furchtbaren Schicksalsschläge für die Opfer und deren Familien als interne Auseinandersetzungen, als Auseinandersetzungen im Mafia-Milieu bezeichnet, obwohl es immer wieder Hinweise auf Rechtsterrorismus gab. Waren wir, war der Staat auf dem rechten Auge blind?

Stattdessen wurde die Bevölkerung vor linksextremistischen Gefahren gewarnt. Brandanschläge auf Bahnstrecken wurden zu einer neuen Welle des Linksterrorismus hochgepuscht. Wir haben hier über radikale Sitzblockaden auf Antinazidemos diskutiert und uns Gedanken über die Bekämpfung einer linksextremen Szene gemacht.

(Beifall von der LINKEN)

Nicht dass wir uns falsch verstehen: So etwas ist schlimm und gehört verfolgt und bestraft.

Extremismus ist immer falsch – egal von welcher Seite.

(Allgemeiner Beifall)

Über lange Zeit aber wurde so getan, als wenn die Gefahr von rechts zu vernachlässigen wäre. Jetzt sehen wir: Hier wurde über ein Jahrzehnt lang geraubt und gemordet, es wurden Menschen auf brutale Art und Weise getötet, der Staat und seine freiheitlich-demokratische Grundordnung wurden untergraben – und das, ohne dass die rechtsextreme Gefahr deutlich öffentlich angesprochen wurde. Soviel wir heute wissen, fand das sogar unter Beteiligung von V-Leuten und mit Kenntnis von Verfassungsschützern statt.

Herr Laschet, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Wortbeitrag, weil ich gemerkt habe, dass Sie nach der gesamten Diskussion – auch nach dem, was hier in den letzten Monaten aus den Reihen der CDU-Fraktion an Wortbeiträgen zu hören war – doch zu einer Erkenntnis gekommen sind, die uns deutlich macht, dass es eben nicht nur links, sondern auch rechts große Gefahren gibt.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt uns als Volksvertretung nur, uns zu schämen und die Angehörigen der Opfer um Verzeihung zu bitten, uns für das Versagen des Staates zu entschuldigen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich würde mich freuen, wenn auch der Bundesinnenminister hierzu deutliche Worte finden würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits nach den furchtbaren Anschlägen in Hoyerswerda und Rostock haben wir, die Migrantinnen und Migranten, uns nicht mehr sicher gefühlt. Nach Mölln und Solingen haben wir Türkeistämmigen uns in Deutschland fürchten müssen – zu Recht, wie heute klargeworden ist. Meine Mutter hat nach Solingen festgestellt: Die Deutschen wollen uns nicht, sie verbrennen uns.

Heute ist es so, dass Türkeistämmige sich wieder fürchten müssen und sich nicht mehr sicher fühlen. Wir haben mühsam über viele Jahre hinweg ein Klima der Versöhnung und des gegenseitigen Vertrauens geschaffen. Wir engagieren uns fast alle bei verschiedensten Projekten der Integration und Verständigung.

Und nun stellt sich heraus, dass von Nazis terroristisch organisierte Anschläge gegen Menschen anderer Abstammung stattfinden. Ich fürchte, wir sind noch nicht am Ende der Fahnenstange angekommen. Die jetzt bekannten Täter sind vermutlich nur die Spitze des Eisbergs. Die ganze braune Suppe, die da – angefangen von der NPD über freie Kameradschaften bis hin zu terroristischen rechtsextremen Vereinigungen – vor sich hin kocht, muss als ernste Bedrohung für unseren Staat und die Menschen in unserem Land betrachtet werden.

Ich möchte, dass die NPD verboten wird. Das wäre ein erster Schritt – da bin ich sicher –, verlorengangenes Vertrauen in Deutschland wiederzuerlangen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie mit Türkeistämmigen reden, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden Sie hören, dass diese Menschen Angst haben: weil Ihnen klargeworden ist, dass der Staat sie nicht schützen konnte oder schützen wollte. Gestern wurde bekannt, dass die Nazi-Mörderbande auch Politiker und andere in der Öffentlichkeit Stehende auf ihrer Liste hatte.

Ich weiß nicht, wie meine bzw. unsere hier unter uns sitzenden Kolleginnen und Kollegen sich fühlen: Frau Akbayir, Frau Demirel, Herr Atalan, Herr Yüksel, Herr Dudas, Herr Neumann, Herr Ünal oder auch unsere Frau Staatssekretärin Kaykin.

Ich selber mache mir Sorgen um meine Familie. Es ist – das kann ich Ihnen sagen – ein sehr ungutes Gefühl, wenn man nach Hause kommt und nicht weiß, ob alles in Ordnung ist. Das ist so, wenn man sieht, was heute passiert.

Diese Sorgen haben viele, viele unserer Nachbarn, Arbeitskollegen und Freunde auch. Ich will den Türken, den Griechen und anderen Migranten aber sagen, dass Deutschland auch ihre Heimat ist, dass sie es sind, die geholfen haben, Deutschland und damit auch NRW zu dem zu machen, was es ist.

(Lebhafter allgemeiner Beifall – Beifall von der Regierungsbank)

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sowie die Menschen in NRW: Schützen Sie Ihre Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen. Seien Sie wachsam. Halten Sie beide Augen auf.

(Anhaltender lebhafter allgemeiner Beifall – Beifall von der Regierungsbank)